



Andreas Jung

Mitglied des Deutschen Bundestages

Andreas Jung MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 11.04.2022

Andreas Jung, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-77077

Fax: +49 30 227-2376253

andreas.jung@bundestag.de

Bürgerbüro:

Hofhalde 12

78462 Konstanz

Telefon: +49 7531 91698-78

Fax: +49 7531 91698-80

andreas.jung.wk@bundestag.de

Liebe Vertreterinnen und Vertreter des jungen Konstanz,

ich bedanke mich für den Offenen Brief und für das, was dahinter steht: Das parteiübergreifende Engagement für Frieden und für die Menschen in der Ukraine. Das brauchen wir in diesen schweren Tagen und die Gemeinsamkeit der Demokraten in grundsätzlichen Fragen ist ein hoher Wert. Es ist Krieg mitten in Europa. Jeden Tag und jede Nacht sterben Menschen. Das kann uns nicht ruhen lassen, wir sind gemeinsam gefordert.

Genauso danke ich für den Aufruf zu den Mahnwachen in Konstanz, zur ersten schon zwei Tage nach Putins Angriff. Die Rede der ukrainischen Studentin vor unserem Münster geht mir seitdem nicht mehr aus dem Kopf: Die Liebe zu ihrem Land, die Sorge um ihre Familie, der Dank an die ukrainischen Soldaten, „unsere Engel, ohne die wir schon verloren wären.“ Und auch die dort von den überwältigend vielen Teilnehmern beklatschte Forderung nach harten Sanktionen, nach dem Ausschluss Russlands aus SWIFT und nach Waffenlieferungen.

Tags darauf sind wir in Berlin zur Sondersitzung des Deutschen Bundestags zusammengekommen. Wir haben in einem gemeinsamen Antrag unserer Parteien über die Grenze von Regierung und Opposition hinweg den völkerrechtswidrigen Krieg Putins aufs Schärfste verurteilt. Wir haben unsere Solidarität mit der Ukraine bekundet und unsere Unterstützung erklärt. Wir haben die Sanktionen begrüßt und weitere gefordert. Wir haben uns hinter die Entscheidung der Bundesregierung gestellt, die Ukraine „im Rahmen ihres Selbstverteidigungsrechts“ zu unterstützen - also auch Waffen zu liefern. Angesichts der dramatischen Situation habe ich diesem Antrag aus ganzer Überzeugung zugestimmt.

Dann hat Wolodymyr Selenskyj vor dem Bundestag gesprochen. Zu uns Abgeordneten – ich war wegen Corona in Quarantäne – und zu allen Deutschen. Als demokratisch gewählter Präsident eines souveränen europäischen Staates. Zugeschaltet aus dem



Krieg. Aus dem Kampf für Frieden und Freiheit, für unsere gemeinsamen Werte, für die internationale Ordnung freier Völker. Er sprach von Bomben, Raketen, Artillerie und von Zerstörung: Wohnviertel, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen. Von Tausenden Toten, von getöteten Kindern, „mitten in Europa, bei uns, im Jahr 2022.“ Von einer neuen Mauer, die Europa trenne, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Die stärker werde mit jeder Bombe und bei jeder Entscheidung, die nicht für den Frieden getroffen werde. „Die nicht von Ihnen getroffen wurde, obwohl sie helfen könnte.“

Er sprach von Schritten zur Unterstützung „von denen manche zu spät gekommen sind.“ Er sprach von Sanktionen, „die vielleicht zu gering sind, um diesen Krieg zu stoppen“, davon dass viele unserer Unternehmen noch in Russland geblieben seien - „im Land, das Euch und einige andere Länder einfach ausnutzt, um den Krieg zu finanzieren.“ Er sprach von Nord Stream 2 als „Waffe und Vorbereitung für den großen Krieg“, als „Zement für die neue Mauer“ und kritisierte, als Antwort darauf habe man immer bekommen „Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft.“ Er appellierte an unsere historische Verantwortung für die Ukraine.

Diese Worte des Präsidenten eines um seine Freiheit kämpfenden Volkes wiegen schwer. Sie treffen unser Herz. Sie treffen unser Gewissen. Sie fordern uns zum Handeln.

Danach haben wir die unerträglichen Bilder der Kriegsverbrechen in Butscha gesehen. Von Massakern an wehrlosen Zivilisten, Kindern, Frauen und Männern, Jungen und Alten. Wir lesen die Berichte über misshandelte und vergewaltigte Frauen. Wir haben die Sorge und es gibt Hinweise, dass es nicht nur dort solche Verbrechen gibt. Wir haben gesehen wie Raketen auf dem Bahnhof von Kramatorsk eingeschlagen sind und Familien mit Kindern auf der Flucht getötet haben. Wir sehen das unermessliche Leid der Menschen in Mariupol und an vielen anderen Orten in der Ukraine.

Diese Bilder vor Augen prüfen wir uns immer wieder, was wir noch mehr tun müssen, wo wir noch konsequenter handeln können, um die Ukraine zu unterstützen und damit dieser furchtbare Krieg aufhört.

Was ist unsere Antwort?

Frieden und Freiheit ist wichtiger als Wirtschaftswachstum. Das haben wir unmittelbar nach Putins Angriff erklärt. Ohne Frieden und Freiheit kann weder eine florierende Wirtschaft existieren noch ein glückliches Zusammenleben.



Was folgt daraus?

Die von Deutschland zugesagte Unterstützung muss kommen - ohne Abstriche, ohne Verzögerung. Darüber hinaus müssen Waffenlieferungen nicht nur fortgesetzt, sondern auch intensiviert werden. Aus Beständen der Bundeswehr und mit der zügigen Genehmigung von Exporten der deutschen Verteidigungsindustrie. Wolodymyr Selenskyj sagte im gestern in der Welt am Sonntag veröffentlichten Interview auf die Frage nach Waffenlieferungen aus Deutschland: „Aber noch spielt Deutschland keine führende Rolle in Europa, es bleibt zurückhaltend und kühl uns gegenüber. Und dennoch bewegen sich die Dinge. Daran glaube ich fest.“ Das muss uns umtreiben. Und die Dinge müssen sich bewegen.

Die Sanktionen müssen weiter verschärft werden - etwa durch Ausweitung der Technologiesanktionen, der Banksanktionen, der Personensanktionen, durch das Einfrieren sanktionierter Vermögen und mit der Prüfung, wie es einbehalten und zur Unterstützung der Ukraine eingesetzt werden kann.

Die Bundesregierung hat Nord Stream 2 zwei Tage vor Kriegsbeginn gestoppt - zurecht, aber spät. Es ist der Sonderweg von Russland direkt nach Deutschland, vorbei an den europäischen Partnern, insbesondere der Ukraine. Spätestens heute ist offensichtlich: Das war kein Nebeneffekt, sondern der eigentliche Sinn. Eine Pipeline im Meer ist teurer und ökologisch riskanter als an Land - aber eben direkt. Dieser Weg wurde mit Nord Stream 1 begonnen. Im April 2005 wurde die Vereinbarung dafür in Anwesenheit des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und von Putin formalisiert. Alle Bundesregierungen seither haben diesen Weg fortgesetzt. Er hat sich als Irrweg erwiesen. So wie sich unsere hohen russischen Importquoten bei fossiler Energie als schwere Hypothek erweisen. Es war ein schwerer Fehler, dass wir es in den letzten Jahrzehnten haben so weit kommen lassen. Das müssen wir selbstkritisch erkennen - und korrigieren.

Wir dürfen uns von Putins Forderung, nur noch Rubel für russisches Gas zu akzeptieren nicht erpressen lassen. Experten meinen, das wäre nur mit dem Unterlaufen der Sanktionierung der russischen Zentralbank möglich. Ich halte es für unvorstellbar, dass wir unsere eigenen Sanktionen aufweichen, damit für Gas aus Russland der Rubel nach Moskau rollt. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Damit komme ich auch zu der Forderung im Offenen Brief: Sind wir bereit zu einem Zahlungsstopp, zu einem Energie-Embargo?



Der Schluss liegt nahe, alle Einnahmequellen der russischen Regierung aus Energieexporten sofort zu kappen. Die Vorstellung, in diesem Krieg Putin mit unserem Geld zu finanzieren, ist widerwärtig. Ich teile ausdrücklich nicht die Annahme, Russland könne wegen unserer Sanktionen mit den Devisen gar nichts anfangen. Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine und gleichzeitig deutsches Geld für russische Energie - das beschreibt unser moralisches Dilemma.

Wie begegnen wir ihm?

Einerseits wird etwa von den Autoren der im Offenen Brief zitierten Leopoldina-Studie die Auffassung vertreten, ein sofortiges Embargo könne zwar in Deutschland zu Engpässen im nächsten Winter führen. Die Auswirkungen könnten aber begrenzt und abgedeckt werden. Es sei „handhabbar“. Andererseits werden bei einem sofortigen umfassenden Embargo massive Verwerfungen befürchtet. Nicht nur „Komforteinschränkungen“, sondern eine „Störung des sozialen Friedens“, die unsere Stabilität insgesamt und damit auch unsere Stärke als Unterstützer der Ukraine in Frage stelle. Das ist die Auffassung der Bundesregierung und des für Wirtschaft und Energie zuständigen Ministers Robert Habeck. Er warnt vor gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Schäden „schwersten Ausmaßes“. Man muss sich diese Einschätzung nicht in jeder Konsequenz zu Eigen machen. Aber ich nehme sie jedenfalls sehr ernst. Er argumentiert nicht leichtfertig so. Gleichzeitig müssen wir aber angesichts des Leids der Menschen in der Ukraine, ihres Freiheitskampfes und unserer erklärten Solidarität, angesichts dessen, was auf dem Spiel steht auch die Bereitschaft zu Einschnitten aufbringen. Davon abgesehen: Würde Putin gewinnen, wäre das die größte Bedrohung auch unserer Perspektiven. Für den Frieden in Europa, für die Sicherheit, auch für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Frage ist also: Wie weit können wir gehen? Wie weit müssen wir gehen?

Mich führt das zum Eintreten für ein schrittweises Embargo gemeinsam mit den europäischen Partnern und mit der Botschaft an Putin: Wir werden russische Energie-Importe und unsere Zahlungen stoppen. Kurzfristig mit einem Embargo für Kohle und für Öl und dann mit schnellen Schritten beim Gas.

Der erste Schritt: Ich unterstütze das Kohle-Embargo der EU. Es muss jetzt schnell umgesetzt werden. Wir hatten im Februar in Deutschland bei der Steinkohle einen russischen Importanteil von 50 Prozent. Im April sind es noch 25 Prozent. Auch der Rest muss ersetzt werden. An den Kraftwerkstandorten und in Hafenterritorien.



Lagern gibt es Vorräte für vier bis sechs Wochen. Dann muss Ersatz am Weltmarkt beschafft werden. Das ist nicht einfach, aber möglich. Es muss entschieden vorangetrieben werden, um die Abschaltung von Kraftwerken zu verhindern.

Der nächste Schritt: Auch die Ölimporte müssen kurzfristig mit einem Embargo der EU gestoppt werden. Das wird Putin treffen. Russland verdient am Öl deutlich mehr als an der Steinkohle oder am Gas. In Deutschland hatten wir beim Öl 35 Prozent Importe aus Russland. Jetzt sind es noch 25 Prozent. Wir haben rechnerisch eine Erdölreserve für 200 Tage. In dieser Zeit müssen über den Weltmarkt Alternativen erschlossen werden. Auch das ist möglich, aber der Prozess ist schwierig. Denn die Gegebenheiten sind regional unterschiedlich. Im „Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ des Bundeswirtschaftsministeriums wird das beschrieben: Zu einem Drittel sind Raffinerien in Westdeutschland. Hier sei eine Substitution leichter. Zu einem Drittel läuft das Ölgeschäft über die Raffinerie Leuna in Sachsen-Anhalt. Der französische Betreiber Total hat direkt nach dem Angriff auf die Ukraine entschieden, russisches Gas zu ersetzen und hat den Bezug bereits halbiert. Und zu einem Drittel kommt Öl über Schwedt. Die Raffinerie dort steht unter dem Einfluss des russischen Ölunternehmens Rosneft - was für sich genommen Anlass zu kritischer Betrachtung und zu Konsequenzen sein muss. Hier ist das deshalb eine große Herausforderung. Sie muss entschieden angegangen werden. Kurzfristig und mit Hochdruck müssen auf allen Wegen alternative Lieferungen organisiert werden. Zudem muss geklärt werden, welche Sparmaßnahmen möglich und vertretbar sind. Als Entscheidungsgrundlage für ein Gesamtkonzept braucht es hierfür eine umfassende Analyse der Bundesregierung mit detaillierter Darstellung von Möglichkeiten, Potenzialen und Auswirkungen. In diesem Kontext muss auch dargelegt werden, welchen Beitrag zur Einsparung von Öl ein befristetes Tempolimit bringen würde.

Und drittens: So schnell wie möglich müssen wir auch weg vom russischen Gas. Hier hatten wir einen russischen Importanteil von über 50 Prozent, mittlerweile sind wir bei etwa 40 Prozent. Beim Gas ist es am schwierigsten. Umso mehr muss mit ganzer Kraft daran gearbeitet werden. Alles für ein Ziel: Mit schnellen Schritten weg vom russischen Gas, so bald als möglich kein deutsches Geld mehr dafür an Russland.

Der Stand:

Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Versorgung auch völlig ohne russische Importe bis einschließlich Herbst gesichert



wäre, der kommende Winter könne dann aber sehr kritisch werden. Dann würden – wie oben beschrieben – erhebliche Schäden drohen.

Was getan werden muss:

Mit Hochdruck muss daran gearbeitet werden, dass wir auch schon über den Winter und erst recht durch die Zeit danach gut ohne russische Importe kommen könnten. Aus Vorsorge müssten wir uns auf so ein Szenario angesichts der unsicheren Lage ohnehin vorbereiten. Wir müssen es aber auch, um Importe und Zahlungen früher stoppen zu können. Je mehr wir schneller unternehmen, desto eher geht das. Nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums im „Fortschrittsbericht Energiesicherheit“ wären wir bis Sommer 2024 von russischem Gas unabhängig. Angesichts der unerträglichen Lage in der Ukraine müssen alle vertretbaren Potenziale genutzt werden, um das erheblich zu beschleunigen. Deshalb gilt es jetzt wichtige Weichen zu stellen - kurzfristig, erst im Herbst wäre zu spät.

Zusätzliche Kapazitäten

In enger Abstimmung mit den Energieunternehmen und mit den europäischen Partnern müssen Alternativen zu russischen Lieferungen durch zusätzliche Kapazitäten aus anderen Ländern erschlossen werden. Zudem könnten die Mengen heimischer Erdgasförderung laut einer Einschätzung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) kurzfristig begrenzt erhöht werden, um 5 bis 10 Prozent.

Zusätzliche Infrastruktur

Das Nadelöhr ist die Infrastruktur: Wir brauchen ein Turbo-Verfahren für Ausbau und Anschluss von Flüssiggas-Terminals. Schon im nächsten Winter könnten schwimmende Flüssiggas-Terminals eingesetzt werden, wenn sie mit Höchstgeschwindigkeit geleast und an das Gasnetz angeschlossen werden. Das würde die Situation für den Winter deutlich verändern. Deshalb muss das mit Nachdruck verfolgt werden - und es muss von vornherein so konzipiert sein, dass dort auch Wasserstoff angeliefert werden kann.

Zusätzliche Regelungen

Es hat sich bitter gezeigt: Deutschland besitzt beim Gas zwar große Speicherkapazitäten, verzeichnete zu Beginn diesen Winters aber historisch niedrige Füllstände. Der Grund: 20 Prozent der deutschen Speicherkapazität stand unter dem Einfluss von



Gazprom und genau dort wurden die Speicher nicht befüllt. Als Reaktion darauf wurde mit Zustimmung aller Fraktionen außer der AfD ein Gesetz zur Speicherpflicht beschlossen: Vor jedem Winter müssen sie nun verpflichtend gefüllt werden. Mittlerweile hat die Bundesregierung die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für Gazprom Germania eingesetzt.

Zusätzliche Einsparungen

Es muss geprüft und dargelegt werden, welche Einsparungen in Privathaushalten und Industrie möglich und vertretbar sind. Auch hier ist eine umfassende Analyse der Bundesregierung mit Darlegung der unterschiedlichen Möglichkeiten, ihrer Potenziale und Auswirkungen erforderlich. Auf dieser Grundlage kann dann über ein Gesamtkonzept für einen „Gassparplan“ entschieden werden. Kurzfristig kann dabei etwa eine fachgerechte Heizungsoptimierung durch optimale effiziente Einstellung einen wichtigen Beitrag leisten.

Zusätzliche Optionen

In dieser Krisensituation muss auch gefragt werden: Kann das Gas, das zur Stromerzeugung genutzt wird temporär durch andere Energieträger ersetzt werden? Das weitaus meiste Gas wird in Deutschland für private Gasheizungen, Industriewärme oder Grundstoffe etwa in der Chemie benötigt. Das kann mittel- und langfristig ersetzt werden durch eine neue Heizung, klimaneutrale Gase oder strombasierte Technologien. Aber in der Breite nicht schon für den nächsten Winter. Ein kleinerer Anteil des Gases wird aber in Gaskraftwerken verstromt oder zur Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt. Wenn es darum geht, schnellstmöglich Zahlungen an Russland zu stoppen und Abschaltungen abzuwenden, dann können aber auch schon „nur“ fünf Prozent sehr bedeutend sein.

Deshalb müssen Abwägungen noch einmal unter Einbeziehung der gegenwärtigen Krisensituation neu vorgenommen werden. Auf Basis eines Bekenntnisses zu den Grundsatzbeschlüssen zum Ausstieg aus der Kohlekraft und aus der Kernenergie muss gefragt werden: Was könnte ein modifizierter Stilllegungspfad bei der Kohle beitragen? Und welchen Beitrag könnten die drei verbliebenen Kernkraftwerke leisten, wenn sie nicht wie vorgesehen zum Jahresende mitten im Winter abgeschaltet würden? Was sind die jeweiligen Möglichkeiten, Risiken, Auswirkungen - auch auf den CO₂-Ausstoß? Das muss umfassend, aber zeitnah, abgewogen werden, um darauf basierend die notwendigen Entscheidungen zu treffen.



Überhaupt diese Frage zu stellen fällt mir sehr schwer und ich hätte das vor dem 24. Februar nicht für möglich gehalten. Denn ich bin von den Zielen hinter den jeweiligen Ausstiegsentscheidungen nach wie vor überzeugt: Die Bekämpfung des Klimawandels und Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 einerseits. Die Minimierung eines radioaktiven Restrisikos andererseits. Es geht deshalb nicht darum, diese Entscheidungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Aber in dieser Notsituation und angesichts unseres moralischen Dilemmas mit dem dringenden Handlungsdruck, die Energie-Zahlungen an Russland zu stoppen dürfen Umwege auf dem Weg zu diesen Zielen nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.

Jede unserer Parteien ist dabei gefragt. Die Forderung, es dürfe „keine Denkverbote“ geben, ist keine Einbahnstraße. Sie darf sich nicht nur an die jeweils anderen richten. Wenn jeder diese Bereitschaft mitbringt, dann sollte es möglich sein, dass unsere Parteien in der Krise zusammenrücken und nach den Beschlüssen der Sondersitzung und zum Gasspeichergesetz auch weitere breit getragene Entscheidungen über die Grenzen von Regierung und Opposition hinweg möglich werden. Auch zusätzliche Schritte zu dem im Offenen Brief angemahnten sozialen Ausgleich sind notwendig. Hier kann und muss noch mehr getan werden.

Und in großer Klarheit: Die Erneuerbaren Energien müssen wie auch im Offenen Brief gefordert, massiv ausgebaut werden. Genauso müssen wir etwa die Energieeffizienz voranbringen und die Wasserstoff-Strategie konsequent umsetzen. Angesichts der aktuellen Situation erst recht und noch schneller. So kommen Energiesicherheit und Klimaschutz zusammen - und das ist notwendig, denn wir müssen auch weiterhin die Klimakrise beherrscht bekämpfen. Gemeinsam.

Und eine solche Gemeinsamkeit wünsche ich mir schließlich auch bei einem weiteren von Wolodymyr Selenskyj angesprochenen wunden Punkt: Bei der europäischen Perspektive der Ukraine. Das Zögern bei einem Beitritt zur Europäischen Union, das seien Steine für die neue Mauer, sagte er in seiner Rede vor dem Bundestag. Wir müssen sie aus dem Weg räumen. Die Ukraine muss den Kandidatenstatus für einen Beitritt bekommen. Sie kämpft heute für europäische Werte und sollte deshalb morgen die Möglichkeit bekommen, Teil der Europäischen Gemeinschaft zu sein.

Wer wollte den Ukrainern sagen, wenn Ihr hoffentlich diesen Krieg gewinnt, Euer Land gegen Putin verteidigt und ganz egal, wie sich dann eine souveräne und demokratische Ukraine entwickelt, Ihr werdet trotzdem vor der Tür unserer Union außen vor



bleiben – getrennt von einer unsichtbaren Mauer wie sie Wolodymyr Selenskyj beschreibt?

Ich bin 1990 auch deshalb der Jungen Union beigetreten, weil ich neben friedlicher Revolution und Deutscher Einheit auch fasziniert war vom europäischen Gedanken, der durch den Fall des Eisernen Vorhangs schien unbegrenzt gelebt werden zu können. Diese Hoffnung darf nicht sterben.

Mit nochmals großem Respekt für Euer und Ihr fortlaufendes Engagement, mit immer mehr Unterstützern. Das ist beeindruckend – und diese Solidaritätsbekundung überall im Land findet weit über unsere Grenzen hinaus Beachtung. Im schon erwähnten Interview erklärte Wolodymyr Selenskyj gestern mit Blick auf die deutsche Bevölkerung: „Ich habe die Deutschen doch gesehen, wie sie auf die Plätze geströmt sind, um uns zu unterstützen.... Dafür bin ich sehr dankbar.“

Mit herzlichen Grüßen

Andreas Jung

P.S.

Wenn ich von „unseren Parteien“ schreibe, dann meine ich die Mutterparteien der unterzeichnenden Jugendorganisationen - wissend, dass auch „Volt“ mit unterschrieben hat. Ich bitte um Verständnis, dass ich der Einfachheit halber so formuliert habe und begrüße ausdrücklich, dass mit der Beteiligung auch von „Volt“ diese noch breitere Basis die Initiative trägt.